

Referendum

# «Personenfreizügigkeit»

Abstimmung vom 25. September 2005 über das bilaterale Abkommen mit der EU über die Personenfreizügigkeit. *Von Thomas Wallimann*

Im Juni 2001 einigten sich die Schweiz und die Europäische Union grundsätzlich darauf, neue bilaterale Verhandlungen über zehn weitere Themen zu führen. Grund dafür ist die Vergrößerung der EU um zehn neue Mitgliedsländer (vgl. dazu die Titelseite des letzten **treffpunkt**). Diese Bundesbeschlüsse unterstehen dem fakultativen Referendum, das zu «Schengen-Dublin» (angenommen im Mai 2005) und zur Personenfreizügigkeit zustande gekommen ist. Mit dem Abkommen zur Personenfreizügigkeit kommt also das letzte Vertragsstück zur Abstimmung. Gleichzeitig steht und fällt mit dieser Abstimmung aber auch die Zukunft des bilateralen Wegs mit der EU.

Im Kern umfasst das Abkommen über die Personenfreizügigkeit das Recht, in die Schweiz oder einen Mitgliedstaat der EU einzureisen, sich dort aufzuhalten, Arbeit zu suchen oder sich als Selbstständigerwerbender niederzulassen. Betroffen sind daher insbesondere die Arbeitswelt, aber auch der Tourismus oder das Bildungswesen. Aufgrund der speziellen wirtschaftlichen Situation der Schweiz (u.a. höhere Löhne, Sozialleistungen) handelte die Schweiz mit der EU in einem Zusatzprotokoll spezielle Übergangsfristen – Zuwanderungsbeschränkungen bis 2011 mit Schutzklausel bis 2014; sowie fakultatives Referendum über die Weiterführung der Personenfreizügigkeit im Jahre 2009 – und flankierende Massnahmen aus.

Diese sollen garantieren, dass die erreichte Sozialpartnerschaft erhalten bleibt, die Zuwanderung kontrolliert wird und schlechte Einflüsse wie Lohndumping verhindert werden.

Flaggen am UNO-Sitz in Genf: Die Schweiz hat Rechte, aber auch Verantwortungen in der Ländergemeinschaft.



Bild: Thomas Wallimann

Grundsätzlich geht eine christlich motivierte Sicht davon aus, dass *alle* Menschen, welcher Herkunft auch immer, Geschwister sind. Jeder Mensch ist in seiner Würde zu achten. Daher ist jegliche Diskriminierung und Ausgrenzung problematisch, auch dann, wenn die Grenzen an den Aussenrand der EU gerückt werden oder die Einwanderung auf hochqualifizierte Berufe beschränkt wird. Zudem richtet sich die Botschaft Jesu *unterschiedslos* an alle Menschen. Zum Ausdruck kommt dies etwa in der umfassend geforderten Solidarität, insbesondere schwachen, armen und benachteiligten Menschen gegenüber. Solidarität bedeutet auch, gemeinsam für die Gestaltung der Welt Verantwortung zu überneh-

men. Dies – so erinnern die Kirchenleitungen im Wort der Kirchen 2001 – gilt insbesondere auch für die Schweiz als in verschiedener Hinsicht reiches Land. Christlicher und kirchlicher Massstab bei der Einführung und Umsetzung europäischer Regelungen ist also, dass sozial Schwache und Benachteiligte nicht weiter an den Rand gedrängt werden. Denn Ziel soll das Wohl *aller* Menschen *auf der Erde* und nicht nur in Europa sein. Dass damit auch Veränderungen auf uns zukommen, mag viele mit Angst erfüllen. Hier darf an die christliche Tugend der Hoffnung erinnert werden, die vertrauensvoll die Welt als Ort des Wirkens Gottes sieht. Daraus folgt nicht Abschottung, sondern aktive Mitgestaltung.

Die Abstimmungsantwort muss in einem heiklen Spannungsfeld gefunden werden. Auf der einen Seite fordern Solidarität, Verantwortungsübernahme für Europa und die Welt, sowie die erreichten flankierenden Massnahmen ein JA. Auf der andern Seite stehen gerade diese Verträge auch für die Ausgrenzung aller Nicht-EU-BürgerInnen in Europa und mahnen aus Menschen-

rechts-Sicht zur Ablehnung. Gleichwohl muss gesehen werden, dass ein Abseits-Stehen der Schweiz und damit das Aufkünden der bilateralen Zusammenarbeit mit einem Nein mehr Übel realisiert. Darum kann trotz Unbehagen – wie es auch die KAB empfiehlt – der Personenfreizügigkeit zugestimmt werden.

Der Zentralvorstand der KAB Schweiz empfiehlt ein JA zum Freizügigkeitsabkommen.

Informationen zu den Abstimmungen sind im Internet erhältlich unter:  
[www.parlament.ch](http://www.parlament.ch) - dann Link:  
 Abstimmungsdaten - sowie:  
<http://www.europa.admin.ch/ba/pers/d/index.htm>